WUZ
WALDDÖRFER UMWELTZEITUNG
NATUR • KULTUR • GESUNDHEIT UND SOZIALES FÜR HAMBURGS NORDOSTEN

Die Duvenstedter Initiative gegen Fluglärm kritisiert, dass der von der Bürgerschaft beschlossene 10-Punkte-Plan nur teilweise umgesetzt werden soll.
Seite 5

Die Bürger der Überschwemmungsgebiete haben das Vertrauen in die Verwaltung verloren. Ihre Ängste und Bedenken werden offenbar nicht gehört.
Seite 9

Nr. 89 • Nov. 2014
www.wuzonline.de

## Bernes U-Bahnhofsplatz soll barrierefrei werden

# Bauarbeiten beginnen im nächsten Jahr

Foto: Ilka Duge

**Der unübersichtliche und wenig attraktive Vorplatz am U-Bahnhof Berne soll für Fußgänger und Fahrradfahrer sowie für Gehbehinderte besser nutzbar werden**

Vor drei Jahren hat die SPD in der Bezirksversammlung den Antrag eingebracht, den Vorplatz beim U-Bahnhof Berne aufzuwerten. Jetzt geht es endlich voran. Nach einer langen Planungsphase sollen die Bauarbeiten im nächsten Jahr beginnen. Ziel der Planung ist es, durch eine Umgestaltung einen offenen, klar strukturierten und barrierefrei gestalteten Vorplatz zu schaffen, der eine hohe Bewegungsfreiheit in alle Richtungen ermöglicht sowie eine Aufenthaltsqualität erzeugt.

Fortsetzung auf Seite 4

### Fifty/fifty-Rettungsring

Die Grüne Bürgerschaftsfraktion stellt zur nächsten Sitzung am **26. November** einen Antrag um das Projekt fifty/fifty wieder zu stärken. Das mehr als 20 Jahre alte bundesweit anerkannte Modell droht unter der SPD an den Schulen einzuschlafen. (Die WUZ berichtete) Die Grünen fordern vom Senat, dass der „Klimabär“ wieder verliehen wird, der Newsletter, der die Schulen informierte und motivierte, wieder versendet wird, das ganzheitlich angelegte Projekt wieder federführend bei der Schulbehörde angesiedelt wird und dass auch die ehemals sehr informative Webseite www.fiftyfifty-hamburg.de wiederbelebt wird, damit fifty/fifty wieder erfolgreich arbeiten kann. (du)

Wir verbessern Ihre Energiebilanz.
BACKHAUS SOLARTECHNIK
SONNE HOLZ GAS REGEN LUFT
BERGSTEDTER MARKT 1 · 22395 HAMBURG · FON 040 604412-91 · FAX -92
WWW.BACKHAUSSOLARTECHNIK.DE

VOLKSMARKT 1981 - 2014
SAMMELN • TRÖDELN • SCHÖNE KÜNSTE
Familienflohmarkt der Walddörfer, Marktplatz Volksdorf: 9 bis 16 Uhr
in Verbindung mit dem Kultur- und Sozialtreffpunkt/ Kindermeile
7. Dezember
Anmeldeformulare in der Bücherhalle Volksdorf
Termine VOLKSMARKT 2014 geplant:
19. April, 5. Juli, 13. September, 6. Dezember
Le Bouquiniste, Tel.: 603 41 13 • Fax: 609 11 765

von Siegfried Stockhecke, Agenda 21-Büro Volksdorf, Postfach 670502

## Big Brother is really watching you

Nach dem Thriller über einen fiktiven großen Stromausfall „Blackout“ hat Marc Elsberg nachgelegt: ZERO ist die Geschichte einer schönen neuen Welt – einer hinterhältigen Manipulation, einer Bedrohung, die uns vereinnahmt und in deren Totalität maschinenlesbar und gewissenlos macht.
Der Roman handelt von der Journalistin Cynthia Bonsant, die auf die Internet-Plattform Freemee stößt. Diese sammelt und analysiert Daten und verspricht ihren Millionen Nutzern ein besseres und erfolgreicheres Leben. Dabei wird es in dieser Welt voller Smartphones, Kameras und Datenbrillen für die Journalisten immer gefährlicher. Als Cynthia anfängt, genauer zu recherchieren, wird sie selbst zur Gejagten. Am Ende fragt man sich, ob es nicht bereits heute schon 1984 schlägt! Brisant, rasant und höchst aktuell regt dieser Thriller zur Reflexion des eigenen Medienverhaltens an.

**Marc Elsberg: ZERO - Sie wissen, was du tust. Blanvalet-Verlag 2014, 480 Seiten, 19,99 Euro**

## Beobachtet die Beobachter

Was macht die NSA, wie lebt es sich in Überwachungsstaaten wie China, wie arbeiten Drohnen oder Abhörstationen? Aus Angst vor dem Terror unterwerfen sich seit 9/11 Regierungen den Geheimdiensten, Privatunternehmen sammeln Daten via Internet und Cookies, Handys und smarte Zahnbürsten speichern Kundeninformationen. All diesen Spionen sind Hacker und Whistleblower auf den Fersen. Das Heft bietet einen Einstieg in die Themenwelt auch des Edward Snowden und vermittelt auch, wie sich Überwacher und Geheimdienste immer wieder behaupten konnten. Die Überwachung ist allgegenwärtig, doch sie steht unter Beobachtung, u.a. durch diese Autoren: Mit Beiträgen von Giorgio Agamben, Constanze Kurz (CCC), Heribert Prantl (Süddeutsche) u.a. (du)

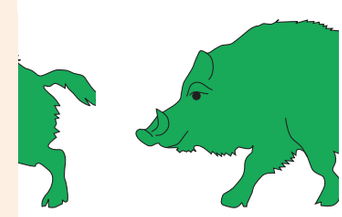
**Die Überwacher. Prism, Google, Whistleblower. Le Monde diplomatique Edition N° 16/2014, 112 Seiten, 8,50 Euro**

## Tipps und Tricks zum Umgang mit der schönen neuen Welt

Hier ist sie: Die „Werkzeugkiste“ für den Umgang mit dem Internetverkehr: Wir werden immer beobachtet, meistens ohne es zu merken. Denn wir hinterlassen ständig unsere Daten im Netz. Wenn Google, Facebook. Twitter & Co ihre Dienste anbieten, ist das keinesfalls umsonst: Wir zahlen mit unseren Daten, dem Gold unserer Tage. Wir werden verkauft – und der Handel mit unseren digitalen Spuren ist längst ein weltweites Milliardengeschäft.
Das Buch hilft unsere Online-Identität zu schützen. Es enthält für Jung und Alt wichtige Tipps und Tricks im Umgang mit Google, Facebook & Co – wer nicht handelt wird gehandelt!
„Der gläserne Verbraucher ist längst Wirklichkeit geworden. Das Buch ist ein kompetenter und hilfreicher Ratgeber für jeden, dem die Behauptung seines informationellen Selbstbestimmungsrechts in der digitalen Gesellschaft wichtig ist.“ (Prof. Dr. J. Caspar, Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit)

**Steffan Heuer, Pernille Tranberg: Mich kriegt ihr nicht – Gebrauchsanweisung zur digitalen Selbstverteidigung. Murmann-Verlag 2013, 272 Seiten, 16,90 Euro**

Aktuelle Nachrichten: www.wuzonline.de



**Die nächste wuz erscheint am 4. Dez. 2014**

**IMPRESSUM**

**Walddörfer Umweltzeitung©**

**Redaktion und Anzeigen**
**Ilka Duge (du), V.i.S.d.P.**
i.duge@wuzonline.de
Tel.: (0 40) 644 24 353
Fax.: (0 40) 604 50 692

**Layout und Grafik**
**Monika Thiel (mt)**

**Verlag**
***m.* MEDIENPRODUKTION GmbH**
Ahornweg 19 · 22395 Hamburg

**Druck**
A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG Pinneberg

Die Zeitung wird auf Recyclingpapier gedruckt. Alle namentlich gezeichneten Beiträge sind in der Verantwortung der Autoren. Der Inhalt ist urheberrechtlich geschützt. Deshalb bedarf die Vervielfältigung von Informationen oder Daten, insbesondere die Verwendung von Texten, Anzeigen und Bild-, Grafikmaterial unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung.

**www.wuzonline.de**

## Gutachterteam stellt Pläne für Buchenkamp-Bebauung vor

# Tonradsmoor Umfeld soll grün bleiben

**Im Oktober wurde im Planungsausschuss der Bezirksversammlung Wandsbek ein Zwischenbericht zu einem Gutachten über die Flächen des ehemaligen Ferck'schen Hofes am Buchenkamp vorgestellt, das Aufschluss über die Beschaffenheit und die Schutzwürdigkeit des Geländes inklusive der eiszeitlichen Rinne im Norden gibt. Außerdem sollte das Gutachten Empfehlungen aussprechen, wo und wie ein baulicher Eingriff vertretbar wäre.**

Die Gutachter zweier Planungsbüros aus den Bereichen Landschaftsschutz und Bauplanung haben das Gebiet zwischen Buchenkamp und Moorbek gründlich untersucht. Die ökologisch hochwertigen Flächen befinden sich rund um das Kiebitzmoor, an der Moorbek und rund um das Tonradsmoor. Die Ackerflächen der großen Tonradskoppel und die Äcker rund um den Ferck'schen Hof sind biologisch nicht sehr wertvoll, zeichnen sich jedoch durch ihre intakten Knicks mit vielen wertvollen Bäumen aus und sind aufgrund des Landschaftsbildes erhaltenswert. Vor allem die Feuchtgebiete sind Lebensraum für viele geschützte Tiere wie Erdkröte, Teichmolch, Grasfrosch, Moorfrosch und Libellen wie Mosaikjungfern, Binsenjungfern und gebänderte Prachtlibelle sowie Fledermäuse und Vögel. Die Planer schließen daher diese Gebiete für eine Bebauung aus. Hinzu kommt, dass die 380 kV-Hochspannungsleitung, die das Gebiet in Nord-Süd-Richtung durchquert auf beiden Seiten mindestens 50 Meter von jeglicher Bebauung freigehalten werden sollte.

Daraus schließen die beiden Planungsbüros, dass nur die Flächen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Ferck'schen Hof bebaut werden könnten: und zwar das Areal zwischen dem Fußweg Tonradsmoor, der Eulenkrugstraße und der Straße Buchenkamp.

Bei der Aufteilung der Bebauungsflächen hat sich das Gutachterteam offenbar von den Plänen der Investoren leiten lassen, die das landwirtschaftliche Areal gekauft haben um dort zu bauen. Das Gutachterteam gruppiert die Gebäude etwas anders, so dass die schützenswerten Flächen am Tonradsmoor frei bleiben, dafür aber die Flächen direkt neben und hinter dem Hofgebäude bebaut werden. So könnten sogar 120 Wohneinheiten entstehen, obwohl SPD und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt haben, dass ca. 60 Wohnungen gebaut werden sollen. „Die Regierungskoalition wird die Ergebnisse nach Vorlage des endgültigen Gutachtens gemeinsam mit einer breiten Öffentlichkeit bewerten. Dabei planen wir nach wie vor mit 60 Wohneinheiten am Buchenkamp. Es gilt: Die versprochene, durch den Bezirk organisierte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wird für uns maßgeblich sein.", sagen Dennis Paustian-Döscher, Vorsitzender der Grünen Bezirksfraktion und Anja Quast, SPD-Chefin in der Bezirksversammlung. (du)

**Mehr Häuser als geplant am Ferck'schen Hof?**

## Die WUZ meint:

Bisher haben sich SPD und Grüne auffallend wenig zu den Plänen für die Ferck'schen Flächen geäußert. Vermutlich sind sich die Koalitionäre nicht einig, wie viel und wo hier gebaut werden soll. Im alten Koalitionsvertrag vom Juni 2011 war noch von einer straßenparallelen Bebauung am Buchenkamp die Rede. Gleichzeitig brachte die SPD bis zu 150 Wohnungen in Mehrfamilien- und Reihenhäusern ins Gespräch. Offenbar verabschiedet sich die Koalition jetzt von der Straßenparallelität, um die 60 Wohneinheiten irgendwie doch noch auf die Fläche zu kriegen. Fakt bleibt, dass erst die Begehrlichkeit des Investors überhaupt dazu geführt hat, dass über eine Bebaubarkeit nachgedacht wurde, denn der hatte seine Pläne 2011 noch während der Koalitionsgespräche von SPD und GAL bekannt gegeben. Sicher kein Zufall. Wieder einmal stellt sich heraus, dass Landschaftsschutzgebiete für Investoren Spekulationsobjekte und Bauerwartungsland sind.

*Ilka Duge*

Fortsetzung von Seite 1

## Bernes U-Bahnhofsplatz soll barrierefrei werden

### Bauarbeiten beginnen im nächsten Jahr

Der Vorplatz am U-Bahnhof Berne ist ein von Fußgängern und Radfahrern hoch frequentierter Raum. Die Busbrookbrücke sorgt als wichtige fußläufige Verbindung zwischen den Stadtteilen für einen erhöhten Nutzungsdruck. Die Lage des Platzes zwischen den Haltestellen der Buslinien und der U-Bahn trägt dazu bei, dass der Vorplatz zu einem Durchgangsraum wird. Durch die hohe verkehrstechnische Bedeutung des Platzes und dem hohen Nutzungsdruck kommt es immer wieder zu Konfliktsituationen zwischen Fußgängern und Radfahrern.

Ein Großteil der befragten Bürger hat den Wunsch nach einem behindertengerecht umgestalteten Vorplatz geäußert. Der derzeit desolate Zustand der Oberflächenbeläge durch eine Vielzahl unterschiedlicher Materialien sowie Hebungen und Senkungen in den Pflaster- und Plattenbelägen stellt eine Erschwernis für geh- und sehbehinderte Menschen dar.

Aufgrund der Nähe zur Werkstatt für behinderte Menschen am Meiendorfer Mühlenweg hat die Berücksichtigung behindertengerechter Belange oberste Priorität. Die Planung sieht ein Leit- und Orientierungssystem für sehbehinderte und blinde Menschen bestehend aus Bodenindikatoren auf dem Vorplatz zwischen den Angeboten Bus und U-Bahn vor. Der über den Vorplatz geführte Radweg wird beidseitig durch Begrenzungsstreifen kenntlich gemacht.

Foto: Ilka Duge

**Fahrräder überall: Nicht nur die offiziellen Stellplätze sind belegt, auch das Geländer der Brücke über die U-Bahn dient als Abstellplatz für zahlreiche Drahtesel**

Eine große Bedeutung kommt dem Fahrradparken auf dem Vorplatz sowie den angrenzenden Flächen zu. Zurzeit gibt es 113 Fahrradstellplätze, die maximal ausgelastet sind, sich gleichzeitig aber in einem desolaten Zustand und in ungünstiger Lage befinden. Durch die Neuordnung/Umstrukturierung und Modernisierung soll die neue Abstellanlage den gestiegenen Bedürfnissen und Anforderungen gerecht werden. Die neuen Fahrradstellplätze sind im südwestlichen Teil des Platzes vorgesehen. Insgesamt sind 44 überdachte Fahrradbügel für 88 Räder vorgesehen und 21 Bügel ohne Dach. Die zurzeit 16 abschließbaren Fahrradboxen sollen entfernt und durch einen „Fahrradkäfig“ für etwa 40 Räder ersetzt werden. Die Brücke selbst ist nicht mit in der Planung berücksichtigt. Hier bleibt alles beim alten.

Auch der verbuschte Gehölzbestand im südlichen Teil der Fläche soll verschwinden. Ob einzelne Bäume erhalten oder durch Neupflanzungen ersetzt werden ist noch offen. In jedem Fall soll es neue Bäume auf dem Vorplatz geben, der einen einheitlichen Belag bekommt. Dem häufig geäußerten Wunsch nach Sitzgelegenheiten wird mit einer Sitzbank im vorderen Platzbereich in unmittelbarer Nähe zu den Taxistellplätzen und den Bushaltestellen entsprochen.

Die Finanzierung erfolgt zu gleichen Teilen aus RISE-Mitteln (Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung) und Geldern des Bezirkes für die Grundinstandsetzung von Straßen. Die RISE-Mittel stehen nur bis Ende 2015 zur Verfügung. Damit sie nicht verfallen muss die Maßnahme bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein. Die Verwaltung geht von 300.000 Euro Gesamtkosten aus. (WUZ)


“Zur Kastanie”
Duvenstedt

Specksaalredder 14
22397 HH-Duvenstedt
Reservierung ab sofort pers. oder
unter Tel.: (0 40) 607 25 25
www.restaurant-zur-kastanie.de
info@restaurant-zur-kastanie.de

**Gänsebraten auf Vorbestellung am 24.12.**
zum Abholen für ca. 5 Personen
95,00 €

Bitte denken Sie an Ihre **Reservierung für den 2. Weihnachtstag**

**Silvesterparty**
zum Komplettpreis von 109,00 € mit Speisen, Getränken und Musik


## Was fehlt

Übrigens... die WUZ hat auch eine Internetpräsenz. Unter **www.wuzonline.de** finden Sie neben aktuellen Nachrichten und Terminen auch Hintergrundinforma-tionen, für die in der Zeitung meist kein Platz ist.

## Flughafen will Landeentgelte für späte und laute Flugzeuge erhöhen

# 10-Punkte-Plan bleibt in großen Teilen unerfüllt

**Der Flughafen will Anfang 2015 seine Entgeltordnung anpassen und damit die Anreize für weniger Lärm erhöhen, ein entsprechender Antrag liegt der Wirtschaftsbehörde zur Genehmigung vor. „Damit wird ein wichtiger Punkt unserer interfraktionellen Initiative aufgegriffen. Auch wenn das noch nicht alle Probleme löst, ist es ein erkennbarer Fortschritt, von dem alle Fluglärmbetroffenen in Hamburg etwas haben“, stellt Dr. Andreas Dressel, SPD-Fraktionschef in der Bürgerschaft fest.**

Foto: Ilka Duge

**Standen dem zahlreich erschienenen Publikum Rede und Antwort – von links: Axel Schmidt (Flughafen Hamburg), Dennis Thering (CDU), Christiane Blömeke (Grüne), Rainer Behrens (Die Linke) und Andreas Dressel (SPD)**

Konkret soll der Lärmzuschlag für die beiden höchsten Lärmklassen mit den lautesten Flugzeugen um bis zu 45 Prozent erhöht, der Lärmzuschlag für die mittleren Lärmklassen um bis zu 13 Prozent angehoben werden. Auch die Zuschläge für Starts und Landungen in den Tagesrand- und Nachtzeiten sollen erhöht werden. In der Zeit von 22 bis 22.59 Uhr steigt der Zuschlag von 100 auf zukünftig 150 Prozent. In der Zeit nach 23 Uhr von zurzeit 200 auf 300 Prozent.

„Es ist ein erster, kleiner Schritt in die richtige Richtung, jedoch sind die Anreize bei weitem zu gering. Aktuell sind es lediglich ca. 1.400 Euro, die bei einer Verspätung zu entrichten sind. Dagegen stehen über 60.000 Euro, die die Fluggesellschaften aufgrund der Fluggastentschädigungsrechte zahlen müssten“. Auch nach der geplanten Erhöhung würde weiterhin keine hinreichend lenkende Wirkung erzielt werden“, erklärt Martin Mosel, Sprecher der der Bürgerinitiative Alstertal/Walddörfer/Ahrensburg für Fluglärmschutz in Hamburg und Schleswig-Holstein (BAW). „Erst wenn die Strafzahlungen für verspätete Landungen dieses Niveau erreichen, werden die Verspätungen schlagartig zurückgehen.“

Die Anzahl der verspäteten Flüge sei im Zeitraum 23 bis 24 Uhr im Jahr 2014 sprunghaft angestiegen, so die BAW. Bereits jetzt zum Ende Oktober 2014 wurde die Summe der Verspätungen des Vorjahres (2013: 420, 2014 bisher: ca. 520) deutlich übertroffen. „Besonders für die Billigflieger scheint es lukrativ zu sein, die geringen Zuschläge ab 23 Uhr zu entrichten. Dass durch dieses Verhalten zehntausende Hamburger aus dem Schlaf gerissen werden, ist den Airlines offensichtlich egal“, so Mosel.

Bei einer Anhörung der Initiative in Duvenstedt waren fast 300 Bürger gekommen, um ihrem Ärger Luft zu machen. Vor allem die ständigen Verstöße gegen die Regeln empören die Betroffenen. Die Rede war gar von einem Wild-West-Flugbetrieb. „Wenn in naher Zukunft sich die Fluglärmsituation im Hamburger Nordosten nicht wesentlich verbessert, werden wir unser Recht wahrnehmen und erstmalig direkt im Hamburger Flughafen demonstrieren“, kündigte Ulrich Flamme von der BAW an.

„Wir werden uns am 13. November im Umweltausschuss die Fortschritte und Probleme bei der Umsetzung des Zehn-Punkte-Plans vom Senat berichten lassen“, sagt Dressel. „Uns sind alle darin verankerten Ziele, die wir verabschiedet haben, wichtig. Wir bleiben weiter dran und nehmen die Sorgen der lärmbetroffenen Bürger ernst. Deshalb bin ich dafür, dass es zum Thema Fluglärmschutz von nun an einen jährlichen Fortschrittsbericht an die Bürgerschaft gibt.“

Das geht der Grünen Bürgerschaftsabgeordneten aus dem Wahlkreis Alstertal – Walddörfer, Christiane Blömeke nicht weit genug: „Die Bürgerschaft hat interfraktionell einen 10-Punkte-Plan beschlossen. Die SPD verbucht es nun als Erfolg, dass einer der Punkte umgesetzt werden soll.“ Der wichtigste Punkt für die Initiative, die Landeanflüge möglichst frühzeitig bei zehn nautischen Meilen vor dem Flughafen auf die Einfluglinie zu lenken, wurde nicht ausreichend geprüft. „Wir appellieren an den Senat sich für einen einjährigen Probebetrieb mit standardisierten ILS-Anflügen stark zu machen, der auf anderen Flughäfen längst die Regel ist. Wenn der Lärmzuschlag in den Tagesrandzeiten die einzige Maßnahme bleibt, die vom beschlossenen 10-Punkte-Plan umgesetzt wird, wäre das ein trauriges Ergebnis für die betroffenen Menschen.“ (WUZ)


**TRINKE und GENIESSE!**

SÜSSMOST SCHMIDT

**Fruchtsäfte aus der**

*Süßmosterei Paul Schmidt*

Für die Festtafel, die Party und den täglichen Durst finden Sie bei uns eine große Auswahl von Fruchtsäften, Fruchtweinen, Fruchtspezialitäten aus eigener Produktion und feine Weine aus der Provence.

**Verkaufszeiten in der Kellerei**

| | |
|---|---|
| Mo., Di., Do., Fr. | 10 – 12 Uhr |
| und ..... | 13 – 16 Uhr |
| Mi. 10-12 Uhr und .... | 13 – 18 Uhr |
| Sa. ..... | 10 – 13 Uhr |

**Telefon: (04537) 250**
**Info und Onlineshop unter**
**www.suessmost-schmidt.de**
**Nienwohld-Stormarn, Dorfstr. 28**

## Bebauungsplan-Entwurf Poppenbüttel 40 wird ausgelegt

# Strenge-Siedlung soll erhalten und maßvoll verdichtet werden

**Das Bezirksamt Wandsbek hat beschlossen, den Bebauungsplan-Entwurf Poppenbüttel 40 vom 10. November bis zum 11. Dezember öffentlich auszulegen. Während dieser Zeit können Interessierte die Unterlagen im Bezirksamt einsehen und Anregungen abgeben.**

Das Gebiet liegt rund um den Strengesweg. „Die Anfang der 1930er Jahre errichtete Siedlung mit einer überwiegenden Doppelhausbebauung stellt ein Beispiel der ‚Backsteinstadt' Hamburg dar, dem eine ortsbildprägende und städtebauliche Bedeutung zuzumessen ist", heißt es im Bezirksamt. Trotzdem wollte die Allgemeine Schiffszimmerer Genossenschaft die Häuser sukzessive abreißen, durch neue ersetzen und die rückwärtigen Gärten mit weiteren Häusern bebauen. Dagegen wehrte sich die Initiative zum Erhalt der Matthias-Strenge-Siedlung zuerst mit einem Bürgerbegehren, dann mit einem Bürgerentscheid (2004).

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans Poppenbüttel 40 soll einerseits der bauliche Charakter der sogenannten „Matthias-Strenge-Siedlung" erhalten und andererseits eine maßvolle Nachverdichtung ermöglicht werden. Des Weiteren soll durch entsprechende Festsetzungen auch das grüne und durch überwiegend große rückwärtige Gärten geprägte Siedlungsbild bewahrt bleiben.

Für die Initiative kehrt damit nach fast 15 Jahren Unsicherheit endlich Klarheit ein. Sprecher Jürgen Grymlas sieht diesen Schritt mit einem weinenden und einem lachenden Auge, denn die alten Häuser können durch gleichwertige ersetzt werden und einige Bewohner müssen auf ihre liebgewordenen Gärten zum Teil verzichten. „Doch das kann sich noch viele Jahre hinziehen." Ebenfalls Teil des Plangebiets sind die überwiegend mit Einzelhäusern bebauten Grundstücke östlich des Goldröschenweges zwischen den Straßen Heublink und Windröschenweg. Die im Vergleich zur Matthias-Strenge-Siedlung heterogene Bebauungsstruktur ohne einheitliche Bauflucht soll bestandsgemäß gesichert werden.

Der Planentwurf ist nur im im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2 im 4. Obergeschoss öffentlich ausgelegt. (WUZ)

Foto: Ilka Duge

**Die einheitliche Bauweise, die Hainbuchenhecken und das Kopfsteinpflaster prägen die Matthias-Strenge-Siedlung in Poppenbüttel**

## Leserbrief

## Kiebitzmoor nicht mehr entwässern

Leider wird nur das rings von Wegen eingeschnürte Geviert, das mal das Kiebitzmoor war, als Naturdenkmal ausgewiesen. Das nach Osten angrenzende Grünland ist wie andere Flächen von der Ökologischen Wohnungsbaugesellschaft aufgekauft worden und steht für Naturschutz nicht zur Verfügung. Aufgrund der dort stattfindenden landwirtschaftlichen Nutzung hat der Nutzer als „Oberlieger" Anrecht darauf, das anfallende Oberflächenwasser „schadlos" über Flächen des „Unterliegers" ableiten zu können.

Das geschieht quer durch das Kiebitzmoor, das zu diesem Zweck einen bis heute funktionsfähigen Abzugsgraben an seiner Nordseite enthält, der freilich nur im Winterhalbjahr Wasser abzieht. Die Unterbindung dieser Entwässerung würde aber den Frühjahrswasserstand im Kiebitzmoor in den Sommer hinein verbessern. Das wäre eine wichtige Maßnahme. Vermutlich würde die Eigentümerin sich dazu nur bereit erklären, wenn sie entsprechende Gegenleistungen erreicht. Die kann man sich ja ausmalen.

Eine Verbesserung wäre auch eine Reduktion der Wege, um das Gebiet etwas zu beruhigen. Muss man denn auf allen Seiten um das Moorchen herumspazieren können?

Leider geschieht die Unterschutzstellung als Naturdenkmal erst zu einem Zeitpunkt, an dem sich die seltenen Vegetationsbestände aus dem Gebiet längst verabschiedet haben.

*Horst Bertram, Botanischer Verein zu Hamburg e.V.*

## Europäische Woche zur Abfallvermeidung vom 22. bis 30. November

# Recycling ist nicht immer die beste Wahl

**Bereits zum fünften Mal wird die Europäische Woche zur Abfallvermeidung durchgeführt. Organisationen, Einrichtungen, Initiativen, Behörden, Unternehmen oder einzelne Bürger, die sich mit dem Thema Abfallvermeidung beschäftigen, sind aufgerufen, sich an der Aktionswoche vom 22. bis 30. November zu beteiligen und ihre Projekte vorzustellen. In diesem Jahr steht die Woche unter dem Themenschwerpunkt Lebensmittelverschwendung.**

Foto: Ilka Duge

**Der Kunst-Kurs der Klasse 11 des Carl-von-Ossietzky-Gymnasiums (CvO) in Poppenbüttel hat sich intensiv mit dem Thema Plastikmüll beschäftigt. Dabei ist ein großer Erdball aus Plastiktüten entstanden. Im Oktober haben die Jugendlichen ihr Kunstobjekt am Bahnhof Poppenbüttel präsentiert und gleichzeitig die Passanten mit Informationsmaterial versorgt**

Um unsere Abfallberge zu reduzieren, können wir Kleidung, Haushaltsgegenstände und Lebensmittel umweltfreundlicher verpacken, ordentlich entsorgen und wiederverwerten. Doch der beste Abfall bleibt der, der gar nicht erst entsteht. Während der Europäischen Woche zur Abfallvermeidung wird gezeigt, wie man es machen kann – sei es am Arbeitsplatz, in der Schule, beim Einkaufen oder zu Hause. Aber auch Industrie und Handel müssen weiter daran arbeiten, dass Produkte langlebig und recyclingfähig sind, dass sie ressourcenschonend hergestellt und vertrieben werden. Und Verbraucher können Produkte so kaufen und nutzen, dass möglichst wenig Abfall entsteht. Hier sind es oft Gewohnheiten, die eine große Wirkung zeigen.

Bei der Aktionswoche gibt es vielfältige Ideen. Kindertheater können ihre Stücke zur Müllvermeidung präsentieren, Schulen oder Kitas ihre Projekte zum Umweltschutz. In diesem Jahr sind vor allem Ideen zur Lebensmittelverschwendung gefragt, Z.B. Tipps zum richtigen Einkauf, zur richtigen Vorratshaltung oder zum Kochen mit Resten.

Pappe, Kunststoff, Glas oder Alu? Die Zahl an unterschiedlichen Verpackungen ist groß. Sie haben Vor- und Nachteile. Müll erzeugen sie aber alle. Recycling ist energieaufwändig und nicht immer möglich. Daher ist Abfallvermeidung die wichtigste Maßnahme, um Ressourcen zu schonen und damit Umwelt und Klima zu schützen. Auch beim Einkauf: Braucht man wirklich eine neue Jacke, oder kann man die alte flicken lassen? Ist das Handy wirklich nicht mehr zu gebrauchen oder sind die lästigen Kratzer auf dem Display nur eine willkommene Ausrede für ein neues, moderneres Telefon? Vor jedem Einkauf sollte man gut abwägen, ob man wirklich etwas Neues braucht. Auch die Wiederverwendung auf Flohmärkten, in Second-Hand-Läden, in Gebrauchtwarenkaufhäusern, Tauschbörsen oder bei Bücherbasaren steht hoch im Kurs.

10.000 Plastiktüten werden pro Minute in Deutschland verbraucht. Die Tüten werden nur etwa 25 Minuten genutzt, brauchen aber Jahrhunderte um zu zerfallen. Die Grünen haben im Umwelthauptstadtjahr 2011 einen Anlauf gemacht, die Tüten in Hamburg zu verbieten. 2013 wurde der Antrag von der SPD-Mehrheit abgelehnt. Daher bleibt es dem Einzelnen überlassen, die Tütenflut einzuschränken, z.B. mit einen Einkaufsbeutel in der Tasche. Mit der Kampagne „Trashbusters“ wollen die Naturschutzjugend (NAJU) und Schüler des CvO auf das Problem aufmerksam machen. Mehr Infos: www.trashbusters.de. Mehr Infos und Anmeldung zur Aktionswoche unter: www.nabu.de/aktionenundprojekte/abfallvermeidung. (WUZ)

## Katastrophe für Hamburg oder überfällige Reform?

# Mehr Demokratie will Bezirke stärken

**Seit Jahren fordern Hamburgs Parteien die Stärkung der Bezirke. Immer mal wieder hat es Ansätze zu Bezirksreformen gegeben, doch zu mehr als kosmetischen Korrekturen hat der Wille dann doch nicht gereicht. Tatsächlich gibt es stattdessen eine allseits beklagte personelle und finanzielle Auszehrung der Bezirke, die mit einer zunehmenden Zentralisierung und Aushebelung von Bürgerbeteiligung einhergeht.**

Vor längerer Zeit hat der Verein Mehr Demokratie angekündigt sich der Sache anzunehmen. Jetzt liegt ein Gesetzentwurf vor. Auf dessen Grundlage will der Verein mit den Bürgern über eine gute Lösung für die tatsächliche Stärkung der Bezirke ins Gespräch kommen. Am Tag der nächsten Bundestagswahl 2017 soll ein Volksentscheid über diesen Entwurf und über einen Entwurf zur Stärkung der parlamentarischen und direkten Demokratie stattfinden.

Spekulationen helfen nicht weiter und auch keine Horrorszenarien. Die „Stärkung der Bezirke“ wird nur möglich sein, wenn auch in Hamburg gemeindliche und staatliche Tätigkeiten getrennt werden, wie es das Grundgesetz in Art. 28 festlegt. Damit erhalten die Bezirke die sogenannten Realsteuern, Gewerbe- und Grundsteuern zur Wahrnehmung der örtlichen Belange – per...Grundgesetz.

Hamburg leistet sich eine extrem teure Verwaltung, deren Effizienz erst noch zu beweisen wäre. Selbst Berlin hat deutlich geringere Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung! Ob da nicht doch kleinere, überschaubare und weitgehend eigenständige Bezirke (Gemeinden?) allein schon vom Kostenmanagement her betrachtet sinnvoller wären? Wer sich heute aufmerksam in den bestehenden Bezirken umsieht, wird feststellen, dass zentral gesteuerter Aktivismus häufig an den Problemen vor Ort vorbei geht – und dann Protestbewegungen hervorruft, die bei mehr kommunaler Eigenständigkeit u.a. dank besserer Ortskenntnis nicht entstanden wären. Nicht umsonst hat sich das Subsidiaritätsprinzip – übergeordnete Einheiten sollen Aufgaben nur dann übernehmen, wenn die untergeordnete Ebene dazu nicht in der Lage ist – auf vielen Politikfeldern bewährt.

Mehr Demokratie hat in einem ersten Entwurf vorgeschlagen, die derzeit sieben großen in 23 überschaubare Bezirke, auf der Basis der alten Kerngebiete und Ortsamtsbereiche, aufzuteilen. Das ist nicht mehr als eine Diskussionsgrundlage. Wie viele Bezirke es letztlich geben wird und in welchem Zuschnitt sollen nach intensiver Diskussion die Bürger entscheiden. Die Mehr-Demokraten freuen sich auf eine faktenbasierte und kreative Auseinandersetzung und auf alternative Gesetzesvorschläge der Bürgerschaft zur Stärkung der Bezirke.

*Angelika Gardiner*
*(Mehr Demokratie)*

# Kein Durchkommen am Waldweg

Im Oktober wurde der Kreuzungsbereich in Volksdorf Waldweg/Ecke Halenreie und Kattjahren aus Gründen der Verkehrssicherheit mit Ampeln versehen. In den nächsten zwei Jahren will die Innenbehörde/ Verkehrsdirektion die neue Verkehrsführung beobachten, um dann zu entscheiden, wie der Bereich in Zukunft geregelt werden soll.

Joachim Cybulla (Innenbehörde) hatte die Varianten im Frühjahr im Regionalausschuss Walddörfer vorgestellt. Variante 1 sieht Signalanlagen vor, Variante 2 einen Kreisverkehr und Variante 3 zwei Halbkreisel. Beim Bau eines Kreisels bzw. Halbkreisels werden die Signalanlagen wieder abgebaut. Die jetzige Lösung wird bis 2017 bestehen bleiben, da für einen Umbau zum Kreisverkehr vorher auch keine Mittel aus dem Haushalt zur Verfügung stehen. Die beiden neuen Ampeln sollen kurze Umlaufzeiten haben und mit der bestehenden Ampel am Buckhorn koordiniert sein.

Trotzdem hat der Landebetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, der für die Umsetzung zuständig ist, offenbar nicht an alles gedacht. Wie auf dem Foto zu sehen ist, kann der Lkw nicht in den Waldweg einbiegen. Die neue Ampel am Waldweg/Ecke Halenreie lässt nicht genug Platz für lange Fahrzeuge. Der Fahrer versucht zu rangieren, doch hinter ihm stehen schon die nächsten Fahrzeuge. Wie beim Kreisverkehr vor der Polizeiwache/Farmsener Landstraße, der 2008 fertig war, kommt es hier auch zu Problemen mit größeren Fahrzeugen. Beim Kreisverkehr vor der Polizei war der Wendekreis zu klein – für die damals noch „kurzen“ Busse und musste angepasst werden. (du)

Foto: Wolfgang Böhm

## Überschwemmungsgebiete: Vertrauen verloren gegangen

# Bezirksamtsleiter fordert, Bürger weiter zu informieren

**Das Kind war schon in den Brunnen gefallen, bevor die Veranstaltung im Bürgersaal Wandsbek überhaupt angefangen hatte. Die Bürger waren - wie man sagt - auf 180 angesichts der Überheblichkeit der Behörde, die mit einem Federstrich ihre Grundstücke einfach zu Überschwemmungsgebieten erklären will. Die Anlieger der Berner Au, Lottbek, Ammersbek und Osterbek wollten Antworten und diskutieren, wollten ihre alternativen Vorschläge einbringen, doch die Vertreter der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) und des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) spulten erst einmal ihre Präsentation über Grundlagenwissen ab, das längst bekannt ist und ließen später nur Fragen zu.**

Foto: Ilka Duge

**Öffentliche Anhörung in Wandsbek: Über 250 interessierte Bürger und besorgte Anlieger stellten kritische Fragen an die Vertreter der Fachbehörden**

Mit der Neuausweisung der Überschwemmungsgebiete stützt sich die Behörde vor allem auf Hochrechnungen. Sie hat Geländeprofile angelegt und gleiche Höhen verbunden, um so die Ausdehnung des Wassers zu berechnen. Dabei gehen auch mal Wasserstandslinien durch Häuser. „Kleinigkeiten“ hieß es dazu von den Behördenvertretern, die noch bereinigt werden müssten. Die Anwohner der Berner Au beklagten u.a., dass sich der Bach vor allem aus Regenfällen speist, die in Volksdorf fallen. Das Hochwasser käme vor allem aus den Gräben, die zum größten Teil, wie auch die Berner Au nicht gewartet würden. Rohre seien verstopft, so dass das Wasser nicht abfließen könne und die Straße überschwemme. Statt die Gräben zu erweitern, weitere Rückhaltebecken anzulegen, die auch ihren Namen verdienen und alles zu warten, würde die Stadt den bequemen, billigen Weg wählen und private Grundstücke zu Hochwassergebieten erklären. „Die Berner Au ist mehr ein Abwassersystem als ein Bach, je mehr Flächen bebaut werden, desto mehr Wasser führt die Berner Au, das hat mit dem Klimawandel nichts zu tun und ist ein hausgemachtes Problem, das wir jetzt ausbaden müssen“, ärgern sich die Anwohner.

2007 hat das Europäische Parlament die Richtlinie 2007/60/EC zur Bewertung und Bekämpfung von Hochwasser angenommen. In der Richtlinie werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, u.a. die am stärksten gefährdeten Einzugsgebiete zu ermitteln und für diese Gebiete Hochwasserrisikokarten und Pläne für das Hochwasserrisikomanagement zu erstellen. Die Behörden wussten also seit langem, was auf sie zukommt. Die Betroffenen wurden jedoch zu keinem Zeitpunkt informiert, weil die EU-Verordnung das nicht vorsieht, begründete Wolfgang Meier (BSU/Wasserwirtschaft) seine Untätigkeit. Dadurch ist viel Vertrauen verloren gegangen, resümiert der Vorsitzende des Grundeigentümerverbandes, Heinrich Stüven: „Die subjektive Betroffenheit der Anwohner mit ihren Sorgen und Nöten trifft auf die objektive Information der Behörde, so kommen sie nicht zusammen.“ Das gilt auch für den Wert der Grundstücke, die Immobilienmakler schon jetzt herunterstufen. Die Behörde will davon nichts wissen, obwohl es das bislang garantierte Baurecht künftig nur per Ausnahmeregelung gibt. Von „kalter Enteignung“ sprechen viele Anwohner. Hinzu komme, dass die Stadt Liegenschaften ohne Hinweis auf kommende Einschränkungen verkauft.

Bezirksamtsleiter Thomas Ritzenhoff forderte die Behörde auf, die überarbeiteten Verordnungsentwürfe vor dem Inkrafttreten den Bürgern vor Ort jeweils in einer Veranstaltung zu präsentieren, um den weiter notwendigen Anpassungsbedarf noch berücksichtigen zu können. Das unterstützen auch SPD, CDU und GRÜNE in der Bezirksversammlung. Zusätzlich fordern sie von den zuständigen Fachbehörden weitere Informationen und die Ausnutzung aller Möglichkeiten, um die Einschränkungen so gering wie möglich zu halten. Vor allem die Möglichkeiten der Gartengestaltung und Baumaßnahmen sollten im Falle von zu ersetzenden Bestandsgebäuden allgemein – das heißt ohne wasserrechtliche Genehmigung - zugelassen werden, heißt es in dem interfraktionellen Antrag. (du)

KANZLEI FRAHMREDDER 20

**Dr. Günther Engler**
**Dr. Thomas Fraatz-Rosenfeld**
Fachanwalt für Verwaltungsrecht,
Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht und Mediator
**Marlies Horn**
Fachanwältin für Familienrecht und Mediatorin
**Thomas Röder**

Telefon 0 40 - 6 000 000 • Telefax 0 40 - 6 000 00 66
www.anwälte-alstertal.de

RECHTSANWÄLTE – FACHANWÄLTE – MEDIATOREN
KOMPETENZ UND ERFAHRUNG

## NABU fordert für jeden gefällten Baum eine Ersatzpflanzung

# Fehlende und unvollständige Fälllisten – auch in Wandsbek

**Anlässlich des Beginns der Fällsaison fordert der NABU, dass die Bezirke mithilfe von Fälllisten ihre Bürger darüber informieren, wo Bäume aus welchem Grund gefällt werden. Er mahnt, Bäume nur zu fällen, wenn es wirklich nötig ist, z.B. wenn sie ein Sicherheitsrisiko darstellten. Jeder gefällte Baum müsse darüber hinaus umgehend durch einen heimischen Baum ersetzt werden.**

Seit 1. Oktober dürfen in Hamburg gemäß Baumschutzverordnung und Naturschutzgesetz auf Privatgrundstücken mit einer Ausnahmegenehmigung und im öffentlichen Grün wieder Bäume und Gehölze gefällt werden. „Wir fordern die Bezirke auf, ihre Fälllisten jetzt schnellstens zu aktualisieren und online zu veröffentlichen“, fordert Katharina Schmidt, Referentin für StadtNatur beim NABU Hamburg. Jeder Bezirk erstellt in der Regel Listen aller Bäume, die in der anstehenden Saison gefällt werden sollen. Jedoch hat noch nicht jeder Bezirk seine Fälllisten veröffentlicht, bemängelt der NABU. So auch der Bezirk Wandsbek noch nicht. Hier stehen immer noch die Fälllisten des letzten Winters im Internet: www.hamburg.de/wandsbek/baumfaelllisten-wandsbek.

Diese Listen enthalten alle wichtigen Informationen zu den Einzelbäumen wie Fällgrund und vorgesehene Ersatzpflanzung bzw. eine Begründung, weshalb keine Ersatzpflanzung vorgenommen werden kann. Zudem gibt es ein separates Dokument, in dem die häufigsten Fällgründe von Straßenbäumen sowie Fachbegriffe genau erläutert werden. Inhaltlich unterscheiden sich die Fälllisten zwischen den Bezirken jedoch: So hatten in der Fällsaison 2013/14 nur drei der sieben Bezirke konkrete Angaben zu Ersatzpflanzungen im öffentlichen Raum gemacht. „Gerade die Angaben zum Fällgrund und zu Ersatzpflanzungen vermitteln den Bürgern aber, dass hier nicht ein unüberlegter Kahlschlag stattfindet“, betont Schmidt. Sie fordert: „Für jeden gefällten Baum muss selbstverständlich ein Baum nachgepflanzt werden.“

Die Wandsbeker CDU-Fraktion hatte in der letzten Bezirksversammlung beantragt, dass sobald die notwendige Fällung eines Baumes auf öffentlichem Grund bekannt und beschlossen ist, das Bezirksamt einen Hinweiszettel am Baum anbringen solle, welcher den Grund der Fällung, das geplante Datum sowie einen Ansprechpartner für Rückfragen nennt. Der Antrag wurde zunächst in den Umweltausschuss überwiesen. (WUZ)

# Bunker im Dornröschenschlaf

Auf dem Gelände der Bergstedter Grundschule befindet sich ein Bunker, der als solcher kaum noch erkennbar ist, da er von Erde und Vegetation fast gänzlich verdeckt ist. Heinz-Werner Steckhan vom NABU möchte den Bunker u.a. für Fledermäuse wieder zugänglich machen.

Der Naturschützer kennt den Bunker noch aus seiner Schulzeit in der Bergstedter Schule in den 1950er-Jahren. „Damals haben wir Kinder auf dem Bunker gespielt“, erzählt Steckhan. „Es handelt sich nicht um einen hohen, hässlichen Betonklotz wie, die, die in der Innenstadt gebaut wurden, sondern um eine Art Gewölbe aus Klinkersteinen.“ Ob der Bunker zusammen mit dem neuen Schulhaus 1949 errichtet wurde oder schon älter ist, weiß Steckhan nicht. Er hofft hier auf Hilfe aus der Bevölkerung: „Vielleicht hat noch jemand alte Fotos von dem Bunker oder weiß von Eltern oder Großeltern etwas über das Gebäude?“

Außerdem, meint Steckhan, dass der Bunker zur deutschen Geschichte gehört. „Es wäre schön wenn er als Kulturdenkmal des 2. Weltkrieges wieder freigelegt würde, ich stelle mir hier Geschichtsunterricht direkt vor Ort vor. Als man den Bunker damals unter Mutterboden ‚versteckte‘ hatte man ein anderes Empfinden zu der Vergangenheit, ich meine heute gehört es einfach dazu, den Kindern auch diese Zeit zu vermitteln. Nicht wie bei meiner Generation wo man die beiden Weltkriege total ausgeblendet hat.“ Wer Informationen für Heinz-Werner Steckhan hat, kann ihn unter Tel. 603 92 06 erreichen. (WUZ)

Foto: Heinz-Werner Steckhan

**Der Bunker an der Bergstedter Schule – versteckt unter viel Erde und in dichtem Gestrüpp direkt neben den Fahrradständern**

## BUND Hamburg warnt vor Bauwut zu Lasten von Natur und Lebensqualität

# Energetisches Bauen zum Standard machen

**Nach den jüngsten Ankündigung von Bürgermeister Olaf Scholz, in den nächsten Jahren sogar bis zu 100.000 neue Wohnungen bauen zu wollen, warnt der BUND Hamburg vor einer Bauwut zu Lasten von Freiräumen und Lebensqualität. Ein Neubauvolumen in dieser Dimension würde eindeutig die bereits jetzt zu hohe Flächenversiegelung vorantreiben und zugleich den Nutzungsdruck auf die letzten Freiräume der Stadt verstärken. Damit würden gleichzeitig die Artenvielfalt in Hamburg noch stärker bedroht und die Naherholungsmöglichkeiten vieler Hamburger weiter eingeschränkt.**

Foto: Axel Petzold

**Spürbar erhöhter Wohnkomfort, mit optimaler Raumluft und behaglichen Temperaturen: Passivhaus in Sasel**

Aus Sicht des BUND Hamburg bedarf es dringend einer grundlegenden Aktualisierung der Planungsinstrumente. Der Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm stammen aus dem Jahr 1997 und sind völlig veraltet. Im Sinne einer koordinierten und verträglichen Entwicklung Hamburgs müssen diese Regelwerke jetzt überarbeitet und als verbindliche Vorgabe für die Bezirke von der Hamburger Bürgerschaft beschlossen werden.

Die neuen Pläne müssen als Steuerungsinstrument die grassierende Flächenversiegelung unterbinden, Verdichtungs- und Konversionspotenziale fachlich klären und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen bebauten und unbebauten Flächen in Hamburg festschreiben. Zudem muss geklärt werden, ob es überhaupt einen landesweiten Bedarf an 100.000 neuen Wohnungen gibt. „Hamburg hat sich schon viel zu lange vor einer Neuaufstellung der landesweiten Planungsinstrumente gedrückt und zudem die vorhandenen Pläne missachtet. Sollte es keine Aktualisierung geben und auch noch die bisherige Praxis beibehalten werden, verspielen wir auf Sicht Hamburgs Markenzeichen: Die grüne Metropole am Wasser“, so Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg.

Gleichzeitig mahnt der BUND Hamburg stärkere Anstrengungen beim Klimaschutz an. Der Neubau von bis zu 100.000 Wohnungen, bei dem lediglich der bundesweit vorgegebene energetische Standard eingehalten wird, sei eine vertane Chance für den Klimaschutz. Passivhäuser und Energieplushäuser rechnen sich über die Nutzungsdauer sowohl für Eigentümer als auch für Mieter. „Hier muss Hamburg vorangehen und in jedem Bebauungsplan ambitionierte Regelungen verbindlich vorgeben“, fordert Manfred Braasch.

Wer sich heute beim Bau eines Hauses mit den Mindeststandards der Energieeinsparverordnung (EnEV) begnügt, läuft Gefahr, dass die neue Immobilie in kurzer Zeit bautechnisch überholt ist. Die Mehrkosten eines energetisch höherwertigen Neubaus sind oft gar nicht so hoch und lohnen sich, insbesondere bei steigenden Energiepreisen. Zudem winken üppige Fördermittel, wenn die EnEV-Anforderungen übertroffen werden. Ein Passivhaus kommt schon jetzt mit ungefähr der Hälfte der Energie aus, die die neue Verordnung ab 2016 noch im Neubau zulässt, schreibt die Verbraucherzentrale Hamburg. Vom **7. bis 9. November** können im Rahmen der internationalen „Tage des Passivhauses“ hunderte Passivhäuser besichtigt werden. So auch das Haus der Familie Petzold in Sasel. „Die guten Erfahrungen mit einem Niedrigenergiehaus plus Passivhaus-Aufstockung möchten wir gerne weitergeben“, sagt Dipl.-Ing. Axel Petzold. Im direkten Gespräch lassen sich viele Fragen klären – und auch hartnäckige Vorurteile ausräumen. „Unsere monatliche Heizrechnung liegt bei nur 60 Euro. Vor der Sanierung und Umbau waren das 216 Euro, bei halber Wohnfläche“, sagt Petzold. Anmeldung und genaue Terminabsprache unter Tel. 594 68 586. Eine Übersicht der zu besichtigenden Gebäude gibt es unter: www.passivhausprojekte.de. (WUZ)

## Der Gewöhnliche Teufelsabbiss ist die Blume des Jahres 2015

# Mehr Schutz für offene Mager- und Feuchtgebiete

**Die Loki Schmidt Stiftung hat den Gewöhnlichen Teufelsabbiss (Succisa pratensis) zur Blume des Jahres 2015 ernannt. Mit der Bekanntgabe am 21. Oktober erinnert die Stiftung an ihre Gründerin Loki Schmidt (1919-2010), die die Aktion ins Leben gerufen hat. Die Blume des Jahres steht immer auch stellvertretend für einen bedrohten Lebensraum. Beim Gewöhnlichen Teufelsabbiss sind dies feuchte und magere, offene Landschaften wie beispielsweise Feuchtwiesen, Moor- und Heidegebiete, Uferzonen sowie Graben- und Wegränder im Feuchtgrünland.**

Foto: H. Timmann

**Die Bestäubung des Gewöhnlichen Teufelsabbisses erfolgt durch Bienen, Falter und andere Insekten**

„Hauptursache für die Gefährdung dieser Pflanze ist die Intensivierung der Landwirtschaft. Feuchte Wiesen wurden entwässert, gedüngt oder zu Acker- und Bauland umgewandelt. Unsere letzten zurückhaltend bewirtschafteten Mager- und Feuchtstandorte müssen unbedingt erhalten werden“, so Axel Jahn, Geschäftsführer der Loki Schmidt Stiftung. Das Problem: Wenn die Flächen brach fallen, verschwindet der Teufelsabbiss ebenso wie bei einer Intensivierung der Nutzung. Größere Bestände der Art kommen in den Alpen, im Schwarzwald und im Odenwald vor. In den nördlichen Bundesländern ist der Gewöhnliche Teufelsabbiss hingegen nur noch an wenigen Stellen zu finden. Daher steht die Pflanze in den meisten Bundesländern auf der Roten Liste der gefährdeten Arten.

Die attraktive, mehrjährige Staude erreicht eine Höhe von 20 bis 100 cm und hat zwischen Juli und September meist hellblaue, violette oder selten auch rosa gefärbte, zierliche Blüten. Diese stehen mit 50 bis 80 Einzelblüten in kleinen, kugeligen Körbchen zusammen. Die Früchte des Teufelsabbisses werden durch Wind oder durch vorbeistreifende Tiere verbreitet. Der Name für den Gewöhnlichen Teufelsabbiss ist auf die besondere Gestalt seines unterirdischen Wurzelstocks zurückzuführen. Da dieser im Herbst von unten abstirbt, sieht er wie „abgebissen“ aus. Nach einer Sage soll ihn der Teufel aus Zorn über die Heilkraft der Pflanze abgebissen haben.

Seit 1980 wird jedes Jahr von der Loki Schmidt Stiftung eine bestandsgefährdete Pflanze zur Blume des Jahres gewählt. Am Beispiel dieser ausgewählten Pflanzenart soll das Bewusstsein für die anhaltende Bedrohung vieler heimischer Pflanzen und Tiere geschärft und Anregungen gegeben werden, sich im persönlichen Umfeld für den Naturschutz zu engagieren. Mit der Wahl des Teufelsabbisses zur Blume des Jahres wirbt die Stiftung für einen schonenden Umgang mit mageren und feuchten baumfreien Landschaften. Als Schutzmaßnahme dort sollte auf eine Düngung verzichtet und ein Nährstoffeintrag verhindert werden. Wenn die Nutzung einer Fläche eingestellt wird, ist jedoch eine regelmäßige Biotoppflege, zum Beispiel durch Beweidung oder Mahd anzustreben, um ein Aufwachsen von Gehölzen zu verhindern. Zahlreiche weitere Pflanzen- und Tierarten würden hiervon profitieren.

Der Gewöhnliche Teufelsabbiss bietet Nahrung für viele Insektenarten. Beispielsweise dient sie den Raupen des Goldenen Scheckenfalters, einem europaweit geschützten und äußerst bedrohten Tagfalter, als Nahrung. Ein von der Loki Schmidt Stiftung herausgegebener Kalender für das Jahr 2015 stellt den Teufelsabbiss und seinen Lebensraum vor. Kalender und Samen der Blume des Jahres 2015 können unter info@loki-schmidt-stiftung.de bestellt werden. (WUZ)

**doku film front**

DER ENGAGIERTE DOKUMENTARFILM IM KORALLE KINO IN VOLKSDORF VORGESTELLT VOM AGENDA 21-BÜRO VOLKSDORF, S. STOCKHECKE JEWEILS UM 19:45 UHR

**13. November: Tschernobyl Pryvit** (2014) / **Unter Kontrolle** von Volker Sattel (2011). Der Verein Pryvit berichtet vom Erholungsurlaub von Kindern in Großhansdorf und vom Besuch in der Ukraine. Der Film **Unter Kontrolle** zeigt Menschen an ihrem Arbeitsplatz Atomkraftwerk.
**20. November: Bienen – Himmelsvolk in Gefahr** von G. Lanworthy und M. Henein (2009). Über das Verschwinden der Honigbienen weltweit.
**25. November**: FILMFRONT zum Int. Tag gegen Gewalt gegen Frauen: Die Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Frauen“ sowie die GRÜNEN Wandsbek informieren.
Anschl.: **Festung** von K.M. Liimatainen (2013) zum Thema häusliche Gewalt. Mit Peter Lohmeyer, Karoline Herfurth.